

Folgen des EU-Beitritts der Ukraine

Auszug aus der Analyse „Europas Selbstmord – Wirtschaftskrieg gegen Russland“

1. Februar 2024 | Patrik Baab

Die Ukraine erhielt im Jahr 2023 mehr als 38 Milliarden Euro an internationaler Finanzhilfe. Nur so konnte das Land finanziell überleben und die Kosten des Krieges tragen – rund 120 Millionen Euro [pro Tag](#). Dennoch ist der Westen in der Frage weiterer Hilfen gespalten. Größere Hilfspakete wurden von Ungarn in der EU und von den Republikanern im US-Kongress blockiert. Infolgedessen übt Washington zunehmend Druck auf Russland aus, seine Auslandsguthaben in Höhe von rund 300 Milliarden US-Dollar für die Ukraine zu beschlagnahmen.

Moskau hat bereits angekündigt, dass es [in diesem Fall](#) auch ausländische, einschließlich deutsche, Vermögenswerte in Russland beschlagnahmen wird. Dies würde die Finanzierungsprobleme des Westens bei der Unterstützung der Ukraine lindern, dürfte aber vor allem auf Kosten der EU-Länder gehen. In Russland wird eine solche Beschlagnahmung als „Diebstahl“ bezeichnet, der das Vertrauen in den Westen weiter untergraben und damit „den Prozess der Entdollarisierung und Entwestlichung des Planeten weiter beschleunigen“ werde. Die USA, „denen es nicht gelungen ist, den größten Teil der Welt unter ihre Kontrolle zu bringen“, [sind bereit](#), „Europa für ihre eigene Rettung zu opfern“.

Seit dem 24. Januar 2022 hat allein Brüssel Finanzhilfen für die Ukraine in Höhe von 77,1 Milliarden Euro angehäuft. Hinzu kommen humanitäre Hilfe im Wert von 2,1 Milliarden Euro und militärische Unterstützung im Wert von 5,6 Milliarden Euro. Im Laufe des Jahres 2023 begann die Bereitschaft zu bröckeln, die Ukraine weiterhin im gleichen Umfang wie bisher zu unterstützen. Die Slowakei kündigte an, die Waffenlieferungen einzustellen, und in Polen kam es zu Protesten, weil ukrainisches Getreide und ukrainische Fahrer zu niedrigen Löhnen auf den Markt kamen. Ungarn weigerte sich, die nächsten 50 Milliarden Euro [für die Ukraine](#) freizugeben.

[Aktualisierung: Am 1. Februar 2024 wurden die 50 Milliarden nach Druckausübung auf Ungarn freigegeben, derweil vor der Parlamentstür in Brüssel die Bauern gegen die Vernichtung ihrer Existenz protestierten.]

Nach der gescheiterten Sommeroffensive soll Kiew nun mit der offiziellen Aussicht auf einen EU-Beitritt bei Laune gehalten werden. Doch das dürfte die EU teuer zu stehen kommen. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) geht davon aus, dass die Ukraine Anspruch auf umfangreiche Fördermittel aus dem EU-Haushalt hätte. Das Institut schätzt die finanziellen Auswirkungen einer Vollmitgliedschaft der Ukraine auf den laufenden Mehrjahreshaushalt der EU auf rund 130 bis 190 Milliarden Euro. Davon würden zwischen 70 und 90 Milliarden Euro auf Agrarsubventionen und zwischen 50 und 90 Milliarden Euro auf die Kohäsionspolitik entfallen. Zum Vergleich: Der Mehrjahreshaushalt der EU für die Jahre 2021-2027 umfasst 1,216 Billionen Euro. [Die Wirtschaftler](#):

Angesichts dieses Umfangs sollte die EU bereit sein, sich zu reformieren. Nur dann kann die politische Entscheidung, die Ukraine mit einer Beitrittsperspektive enger an

die EU zu binden, glaubwürdig sein. Dies gilt zum einen auf der institutionellen Ebene, aber auch auf der fiskalischen Ebene. Eine Umschichtung im EU-Haushalt könnte helfen, die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Die Kohäsionspolitik basiert auf der Annahme, dass eine Umverteilung zwischen reicheren und ärmeren EU-Ländern stattfinden soll. Hier schlagen die Kölner „Ökonomen“ vor, die Mittel auf die ärmeren Länder zu konzentrieren. Damit stünden für die Ukraine über einen Zeitraum von sieben Jahren rund 140 Milliarden Euro zur Verfügung. Rechnet man die Kohäsions- und Agrarsubventionen hinzu, hätte die Ukraine Anspruch auf etwa 127 bis 187 Milliarden Euro bezogen auf den Mehrjahreshaushalt 2021-2027. Dies kann nicht ohne eine Umschichtung oder Aufstockung des Haushalts erreicht werden. Die reicheren Staaten müssten entweder mehr zahlen oder auf Leistungen verzichten.

Bei einer EU-Erweiterung um die Ukraine drohen massiver Sozialabbau, das Sterben von Großbauern und ein massiver Druck auf die Löhne in anderen Ländern. Es ist nicht auszuschließen, dass die EU dadurch zerfällt. Französische Abgeordnete haben bereits gehört, dass es am besten wäre, die EU so schnell wie möglich zu verlassen. Die Briten sagen: „Die EU wird so lange bestehen, wie die Deutschen zahlen.“ Der Großteil der Kriegslasten und der Kosten für den Wiederaufbau wird beim deutschen Steuerzahler landen. Auch die Bundesregierung hat dies nicht bewertet.

Im ostsächsischen Pirna gibt es 12 riesige, neue Getreidespeicher. Das Getreide aus Polen und der Ukraine wird dort per LKW angeliefert. Von Pirna aus werden die Lieferungen dann per Bahn an die verarbeitende Industrie in Hamburg und anderen Orten weitergeleitet. Hier zeigt sich das Problem. Wenn die Ukraine der EU beitrifft und die Zollschränken fallen, besteht die Gefahr, dass der europäische Markt mit billigen ukrainischen Agrarprodukten überschwemmt wird.

Vergleichsweise niedrige Lohnkosten, die fruchtbaren Schwarzerdeböden und die Öffnung des ukrainischen Marktes für gentechnisch verändertes Saatgut sowie die großindustrielle Produktion durch Unternehmen wie Monsanto, Elli Lilly, Cargill und John Deere ermöglichen ein konkurrenzloses Angebot an Agrarprodukten. Der Landraub durch ausländische Konzerne in der Ukraine bedeutet, dass die Landwirte in der gesamten EU unter Druck geraten, weil sie nicht mehr zu Marktpreisen produzieren können. Dies wird zu einer weiteren Konzentration in der Landwirtschaft und zum Aussterben der Betriebe führen.

Es wird nicht erwartet, dass die Ukraine kurzfristig der EU beitrifft. Aber Washington übt Druck aus, damit die Kosten des Krieges auf die Union abgewälzt werden können. Dann wird Europa zu einer Ansammlung von gescheiterten Staaten im Geiste der Co-Transformation zerfallen. Eine Verarmung der gesamten EU und harte soziale Einschnitte werden folgen. Ein Auseinanderbrechen der EU ist nicht auszuschließen. Europa wird nicht nur zu Washingtons Hinterhof, sondern auch zu Moskaus Hinterhof. Das zeigt, dass der US-Imperialismus für Europa eine Sackgasse ist.

– Vollständige Übersetzung der Analyse erscheint in Kürze –